

Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses (HAUSHALT) ACHTUNG NEUER SITZUNGS-
ORT ENTGEGEN DER EINLADUNG

Sitzungstermin:	Donnerstag, 25.11.2021
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	18:35 Uhr
Ort, Raum:	Kreissporthalle, Burgfeldstraße 41, 23795 Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Doris Grote

Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat

Vertretung für: Herrn Sönke Siebke

Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin

Frau Angelika Hahn-Fricke

Vertretung für: Herrn Torsten Kowitz

Herr Matthias Malassa

Herr Martin Ahrens

Frau Rita Marcussen

Herr Arne Hansen

Frau Prof. Dr. Ulrike Täck

Frau Hannelore Huffmeyer

Vertretung für: Herrn Klaus-Peter Schroeder

Herr Julian Flak

Frau Maren Berger

ab 16:55

Herr Norbert Dachsel

Herr Rainer Schuchardt

Herr Klaus Stuber Kreissenjorenbeirat

Herr Arne-Michael Berg

Herr Marek Krysiak

bis 18:10

Herr Lück VJKA

bis 17:05

Herr Wrage Geschäftsführer WKS

bis 18:25

Herr Landrat Schröder

Herr Gerberding FBL Zentrale Steuerung

Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen

Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr, Verbraucherschutz

Herr Stankat FBL Jugend und Bildung

Frau Lexau FDL Technisches Gebäudemanagement

Frau McGregor FDL Finanzen

Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprü-

fung

Herr Stelling FDL Informations- und Kommunikationsmanagement

Herr Overhoff Leitender Kreisveterinär

Herr Füller Bildungsmanagement/-monitoring bis 17:55

Frau Harder Personal und Organisation bis 18:25

Herr Hartung Finanzen bis 18:25

Herr Kuhlmann Personal & Organisation bis 18:25

Frau Grunow Gremien, Kommunikation, Controlling

Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling

Abwesende:

Herr Sönke Siebke -

Herr Torsten Kowitz -

Herr Klaus-Peter Schroeder -

Tagesordnung:

(öffentlich)

1 Einwohnerfragestunde I

2 Formalien

2.1 Genehmigung der Tagesordnung

2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.10.2021

2.3 Informationen des Landrates

2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

3 Beratung und/oder Beschlussfassung

3.1 Entscheidung über die Förderung von Vorhaben gemäß der Grundsätze für die Förderung von Kunst und Kultur im Kreis Segeberg
Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen am Kleinen Theater am Markt in Wahlstedt
Vorlage: DrS/2018/125-2

3.1.1 Ergänzungsantrag der Fraktion WI-SE zum Theater Wahlstedt
Vorlage: DrS/2018/125-3

- 3.2 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und B 90 / Grüne zur Erarbeitung eines Kulturentwicklungsplanes (KEP)
Vorlage: DrS/2021/084-2
- 3.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Anpassung der Grundsätze für die Förderung von Kunst und Kultur bzgl. der investiven Kulturförderung
Vorlage: DrS/2021/276
- 3.4 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur Anpassung der Grundsätze für die Förderung von Kunst und Kultur bzgl. zur konsumtiven Kulturförderung
Vorlage: DrS/2021/277
- 3.5 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen für ein "Digitales Kunstprojekt" 2022 der SE-JungeKunst in der VJKA
Vorlage: DrS/2021/279
- 3.6 Vertrag zwischen dem Kreis Segeberg und dem Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e. V. (VJKA) über die Durchführung von Aufgaben der Jugend- und Kulturförderung des Kreises Segeberg
- Vertragsentwurf ab 01.01.2022
Vorlage: DrS/2021/101-3
- 3.7 Maßnahmenpaket des Kreises Segeberg zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften in den Kindertagesstätten
Vorlage: DrS/2021/231
- 3.8 Neue Anforderungen an das Programm Qualität im Ganztag
Vorlage: DrS/2021/253
- 3.9 Erhöhung der Stundenzahl für die Schulsozialarbeit an den Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung ab dem Schuljahr 2022/2023
Vorlage: DrS/2021/261
- 3.10 Außendarstellung und Wahrnehmung von pädagogischen Berufen
Vorlage: DrS/2021/232
- 3.11 Richtlinien zur Übernahme der Beförderung von Kindern im Rahmen der Eingliederungshilfe gem. § 113 Abs. 2 Nr. 7 i.V.m. §§ 79, 83 SGB IX
Vorlage: DrS/2021/242
- 3.12 Antrag der SPD-Fraktion auf Bereitstellung von Mitteln für Fahrtkosten zur Aufnahme ins Frauenhaus
Vorlage: DrS/2021/271
- 3.13 Bezuschussung von externen Plätzen des Frauenhauses Norderstedt in den Jahren 2022 - 2024
Antrag der Diakonie Hamburg-West/Südholstein vom 17.09.2021
Vorlage: DrS/2021/250

- 3.14 Zuschuss Migrationsberatungsstelle
Vorlage: DrS/2021/248
- 3.15 Zentrale Stelle für Qualitätssicherung im Rettungsdienst (ZSR) - Errichtung einer trägerübergreifenden AöR
Vorlage: DrS/2021/228
- 3.16 Erweiterung des Förderzentrums "Schule am Hasenstieg" in Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/196-3
- 3.17 Erweiterung der Rettungswache Bornhöved
Vorlage: DrS/2020/277-2
- 3.18 Raumbedarfsplanung der Kreisfeuerwehrzentrale und Prüfung zur Realisierung der erforderlichen Maßnahmen, ggf. an einem neuen Standort
Vorlage: DrS/2021/222
- 3.19 Neubau Haus A der Kreisverwaltung - Bauvorbereitung / vorgezogener Abbruch
Vorlage: DrS/2020/208-5
- 3.20 Einbau einer Aufzugsanlage - BBZ Segeberg, Haus B
Vorlage: DrS/2021/235
- 3.21 Aufbau eines kommunalen Netzwerkes zum nachhaltigen Flächenmanagement
Vorlage: DrS/2021/167-1
- 3.22 Antrag der Fraktion B 90/Grüne zur ÖPNV-Anbindung neues Kreisverwaltungsgebäude in der Rosenstraße
Vorlage: DrS/2021/267
- 3.23 Einsatz von weiteren E-Bussen im ÖPNV-Teilnetz SE1-2
Vorlage: DrS/2021/273
- 3.24 Vergabe von Aufgaben aus dem Fachdienst 67.00 im Aufgabengebiet Bäume, Gehölze und Knickschutz an externe Dienstleister
Vorlage: DrS/2021/287
- 3.25 VGN - Investitionskosten 2021
Vorlage: DrS/2021/263
- 3.26 VGN - Investitionskosten 2022-2025
Vorlage: DrS/2021/280
- 3.27 Basisförderung Schul-IT Dienstleistungen
Vorlage: DrS/2021/293

- 3.28 Wirtschaftsplan 2022 WKS GmbH
Vorlage: DrS/2021/257
- 3.29 Fortschreibung der E-Government-Strategie ab 2022
Vorlage: DrS/2021/241-1
- 3.30 Stellenplan und Haushalt FB L
- 3.30. Stellenmehrbedarf FD 12.30 - Zensus für das Haushaltsjahr 2022
1 Vorlage: DrS/2021/290
- 3.30. Budget 2022 - Fachbereich L
2 Vorlage: DrS/2021/305
- 3.31 Stellenplan und Haushalt FB I
- 3.31. Anmeldung zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 ff.;
1 hier: Wegfall kw-Vermerk E-Government-Stellen
Vorlage: DrS/2021/296
- 3.31. Anmeldung zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 ff.;
2 hier: Wegfall kw-Vermerk FD 11.80
Vorlage: DrS/2021/298
- 3.31. Stellenmehrbedarf FD 20.00 Finanzen für das Haushaltsjahr 2022 ff.
3 Vorlage: DrS/2021/302
- 3.32 Budget 2022 für den Fachbereich I - Zentrale Steuerung
Vorlage: DrS/2021/306
- 3.33 Antrag der Fraktion B 90 / Die Grünen zu 2 weitere Stellen UNB
Vorlage: DrS/2021/312
- 3.34 Antrag der Fraktion B 90 / Die Grünen für Erhalt VZS Klimaschutzingenieuerin
Vorlage: DrS/2021/313
- 3.35 Stellenplan für den Haushalt 2022 inkl. Stellenmehrbedarf 2022
Vorlage: DrS/2021/303
- 4 Berichte/Informationen
- 4.1 Quartalsbericht 30.09.2021
Vorlage: DrS/2021/297
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Anfragen

5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

6 Einwohnerfragestunde II

(nichtöffentlich)

- 7 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises
- 8 Neubau Haus A der Kreisverwaltung - Grunderwerb
Vorlage: DrS/2020/208-4
- 9 Ausschreibung der Leistung Wohnkompetenztraining und Wohnraumakquise
- Zuschlagserteilung
Vorlage: DrS/2021/251
- 10 Aufstellung der Mehrarbeitsstunden zum Stichtag 30.09.2021
Vorlage: DrS/2021/268

(öffentlich)

- 11 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Landrat schlägt vor, TOP 2.3 und TOP 7 auf die nächste Sitzung am 30.11.2021 zu verschieben. Der Antrag zu TOP 3.5 wurde zurückgezogen und kann abgesetzt werden. Da der Kreispräsident nicht anwesend ist, könne auch TOP 2.4 entfallen.

Der Landrat gibt bekannt, dass der angekündigte Besuch der polnischen Delegation in der nächsten Woche coronabedingt abgesagt wurde. Die Gäste aus Estland werden –Stand jetzt- anreisen.

Die Tagesordnung wird mit den Änderungen einstimmig genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.10.2021

Es gibt keine Einwände gegen die Niederschrift. Diese gilt damit als genehmigt.

zu 2.3 Informationen des Landrates

entfällt

zu 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

entfällt

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Entscheidung über die Förderung von Vorhaben gemäß der Grundsätze für die Förderung von Kunst und Kultur im Kreis Segeberg Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen am Kleinen Theater am Markt in Wahlstedt Vorlage: DrS/2018/125-2

Frau Grote erklärt, dass der Beschlussvorschlag zu Variante b) im BKS geändert wurde. Die Fördersumme würde 440.000 € (22 %) betragen.

Herr Malassa favorisiert Variante c) des Beschlussvorschlags. Laut Richtlinie seien Ausnahmen zulässig, wenn besonderes öffentliches Interesse bestehe. Dies sei aus seiner Sicht hier gegeben, weil das Theater eine Tragweite über die Kreisgrenzen hinaus habe.

Herr Schuchardt spricht sich entgegen der Verwaltungsempfehlung in der Vorlage dafür aus, den alten Beschluss durch einen neuen zu ersetzen. Er erkundigt sich, ob die Gesamtfinanzierung gesichert sei. Der Landrat erklärt, dass dies Fördervoraussetzung sei.

Laut Frau Lessing habe Herr Bonse im BKS berichtet, dass die Stadt Wahlstedt auch für die Erhöhung des Zuschusses auf 440.000 € dankbar sei. Die Summe würde zudem auf zwei Jahre aufgeteilt.

Frau Grote lässt aufgrund des Antrags von Herrn Malassa zunächst über Variante c) abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Für den Antrag der Stadt Wahlstedt vom 05.05.2017 bzw. 26.10.2021 zur investieren Förderung für die Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen am Kleinen Theater am Markt in Wahlstedt

- c) wird nach neuer Beurteilung des Antrages aufgrund der besonderen Umstände u.a. durch die Verzögerungen und Kostensteigerungen, tlw. auch verursacht durch die Corona-Pandemie, ein neuer Maximalförderbetrag i.H.v. 605.000 EUR gemäß der Richtlinie für die finanzielle Förderung von Maßnahmen durch den Kreis Segeberg unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt (22% von 2,75 Mio.) beschlossen.

Die Höhe der zu veranschlagenden Mittel für den Haushalt 2022 bzw. die Verpflichtungsermächtigung werden bis zur Kreistagssitzung noch abgestimmt.

Der genannte Betrag stellt die Förderobergrenze dar. Maßgeblich für den konkreten Förderbetrag ist die Sicherstellung des noch neu einzureichenden Finanzierungsplanes (Nachweis der gesicherten Gesamtfinanzierung). Die Beschlussfassung erfolgt insofern vorbehaltlich der abschließenden, hier auch baufachlichen Prüfung durch die Verwaltung und ebenso zur Prüfung der Mittelverwendung und evt. Rückforderung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	1	3		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP		1		1
AfD			1	1
WI-SE				
Gesamt	1	9	1	11

Beschlussvorschlag:

Für den Antrag der Stadt Wahlstedt vom 05.05.2017 bzw. 26.10.2021 zur investieren Förderung für die Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen am Kleinen Theater am Markt in Wahlstedt

- b) wird nach neuer Beurteilung des Antrages aufgrund der besonderen Umstände u.a. durch die Verzögerungen und Kostensteigerungen, tlw. auch verursacht durch die Corona-Pandemie, ein neuer Maximalförderbetrag i.H.v. 440.000 EUR gemäß den Grundsätzen über die Förderung von Kunst und Kultur (22% von 2 Mio.) beschlossen.

Die Höhe der zu veranschlagenden Mittel für den Haushalt 2022 bzw. die Verpflichtungsermächtigung werden bis zur Kreistagssitzung noch abgestimmt.

Der genannte Betrag stellt die Förderobergrenze dar. Maßgeblich für den konkreten Förderbetrag ist die Sicherstellung des noch neu einzureichenden Finanzierungspla-

nes (Nachweis der gesicherten Gesamtfinanzierung). Die Beschlussfassung erfolgt insofern vorbehaltlich der abschließenden, hier auch baufachlichen Prüfung durch die Verwaltung und ebenso zur Prüfung der Mittelverwendung und evt. Rückforderung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

zu Ergänzungsantrag der Fraktion WI-SE zum Theater Wahlstedt 3.1.1 Vorlage: DrS/2018/125-3

s. TOP 3.1

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss des Segeberger Kreistages möge in seiner Sitzung am 25.11.2021 gemäß o.a. Drucksache einen Ergänzungsantrag zur dort beschriebenen Variante c) resp. folgende Beschlussvorlage zur Abstimmung im Kreistag am 02.12.2021 empfehlen, der Kreistag möge in seiner Sitzung am 02.12.2021 folgenden Beschluss per Abstimmung der Mitglieder geltend machen lassen:

Der vorgenannte Förderbetrag gemäß oben genannter Richtlinie von insgesamt 605.000€ wird der Stadt Wahlstedt vom Kreis Segeberg in voller Höhe zur investiven Förderung für die Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen am Kleinen Theater am Markt

- für das Haushaltsjahr 2022 nach vorkalkulierten Einschätzungen der Stadt Wahlstedt aus Verpflichtungsermächtigungen im selben Jahr, bzw. für das Jahr 2022 bedarfsgerecht mit einer ersten Tranche
- und der Rest zum vollen Betrag von 605.000 Euro im Haushaltsjahr 2023 mit zweiter Tranche übertragen.

Die Aufteilung der Beträge in zwei Tranchen auf zwei Haushaltsjahre (2022 und 2023) erfolgen nach verbindlichen Absprachen mit Herrn Landrat Schröder für den Kreis Segeberg und Vertreter*innen der Stadt Wahlstedt.

zu 3.2 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und B 90 / Grüne zur Erarbeitung eines Kulturentwicklungsplanes (KEP)
Vorlage: DrS/2021/084-2

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag möge beschließen:

In der Verantwortung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport (BKS) wird gemäß den strategischen Zielen des Kreises Segeberg ein Kulturentwicklungsplan (KEP) erarbeitet. Dazu wird federführend ein Arbeitskreis „Kulturentwicklungsplanung (AK-KEP)“ eingesetzt. Jede Fraktion entsendet ein Mitglied und benennt eine Vertretung. Darüber hinaus gehört der Ausschussvorsitzende des BKS dem Arbeitskreis an. An den Sitzungen des Arbeitskreises nimmt die Verwaltung teil.

Gäste aus dem Kulturbereich nehmen auf Einladung hin teil.

Die Verwaltung wird damit beauftragt, eine Moderatorin bzw. einen Moderator, der diesen Prozess neutral begleiten und steuern soll, zu engagieren.

Die Verwaltung trifft im Rahmen ihrer Prozessverantwortung alle organisatorischen Vorkehrungen, damit im 1. Quartal 2022 die Startkonferenz einberufen werden kann, welche die Grundlagen für die Konzeptentwicklung legen soll. Dabei können die Planungen und Erfahrungen der Stadt Norderstedt und der Kreise Nordfriesland und Stormarn eine Orientierungshilfe bieten. Im Haushaltsplan 2022 werden für die Kulturentwicklungsplanung Mittel in Höhe von 20.000 € zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

zu 3.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Anpassung der Grundsätze für die Förderung von Kunst und Kultur bzgl. der investiven Kulturförderung
Vorlage: DrS/2021/276

Frau Lessing erklärt, dass die SPD das Projekt Wollspinnerei für sehr unterstützenswert halte. Dennoch sei die Richtlinienänderung so formuliert, dass voraussichtlich nur dieses einzige Projekt davon profitieren werde. Dieses Vorgehen halte sie für falsch. Zudem seien schon mehrere Projekte abgelehnt worden, weil sie nicht der Richtlinie entsprachen. Man würde also einen Präzedenzfall schaffen.

Beschlussvorschlag:

Die CDU Fraktion beantragt, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie der Hauptausschuss empfehlen und der Kreistag beschließen möge:

In der Richtlinie „Grundsätze für die Förderung von Kunst und Kultur im Kreis Segeberg“ wird beim dritten Punkt, nach Satz zwei folgender Text eingefügt:

„Davon abweichend können auch investive Projekte förderfähig sein, die sich in der Trägerschaft von gemeinnützigen juristischen Personen (im Sinne des § 52 der AO des Landes Schleswig-Holstein) befinden und denen Mittel im Rahmen des Programmes „Denkmalschutzsonderprogramm der BKM“ bewilligt wurden.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen			2	2
FDP		1		1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	5	4	2	11

zu 3.4 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur Anpassung der Grundsätze für die Förderung von Kunst und Kultur bzgl. zur konsumtiven Kulturförderung Vorlage: DrS/2021/277

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen beantragen, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, der Hauptausschuss sowie der Kreistag beschließen mögen:

Die vom Kreistag mit Beschluss vom 6. Mai 2021 geänderten Sonderkriterien für die Kulturförderung im konsumtiven Bereich (DrS/2021/057), welche bis zum 31.12.2021 befristet sind, werden um ein Jahr verlängert. Dazu wird die Summe der nicht verbrauchten Haushaltsmittel des Jahres 2021 in Höhe von 50.000 € in den Haushalt 2022 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

zu 3.5 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen für ein "Digitales Kunstprojekt" 2022 der SE-JungeKunst in der VJKA Vorlage: DrS/2021/279

Der Antrag wurde zurückgezogen, weil der VJKA das Projekt in 2022 aus Eigenmitteln finanzieren kann.

zu 3.6 Vertrag zwischen dem Kreis Segeberg und dem Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e. V. (VJKA) über die Durchführung von Aufgaben der Jugend- und Kulturförderung des Kreises Segeberg - Vertragsentwurf ab 01.01.2022 Vorlage: DrS/2021/101-3

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der als Anlage 3 beigefügte Entwurf (samt Anlagen) des unbefristeten Vertrages mit dem Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e. V. (VJKA) zur weiteren Übertragung und Durchführung von Aufgaben der Jugend- und Kulturarbeit des Kreises Segeberg sowie zur weiteren Bezuschussung desselben in Form einer Institutionellen Förderung soll ab 01.01.2022 mit Festsetzung der Höchstzuwendungen für die Jahr 2022-2026 geschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

zu 3.7 Maßnahmenpaket des Kreises Segeberg zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften in den Kindertagesstätten **Vorlage: DrS/2021/231**

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Das Auflegen eines „Maßnahmenpaketes zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften in Kindertagesstätten des Kreises Segeberg“ wird begrüßt. Die Verwaltung wird beauftragt, im 1. Quartal 2022 in Abstimmung mit den Kommunen und Trägern von Kindertagesstätten ein Konzept zur Umsetzung in den Jugendhilfeausschuss einzubringen. In die Änderungsliste für den Budgetentwurf 2022 sind Mittel in Höhe von 200.000 € aufzunehmen.

Der Landrat wird gebeten, das Land Schleswig-Holstein aufgrund der prekären Fachkräftesituation in Kindertagesstätten im Kreis Segeberg aufzufordern, unverzüglich wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Ausbildungsangebote in Fachschulen und in Kindertagesstätten zu fördern sowie die Attraktivität der Ausbildung für potentielle Erzieher*innen und Sozialpädagogische Assistent*innen signifikant zu erhöhen. Dabei ist auch darauf hinzuwirken, dass die aktuellen gesetzlichen Vorgaben und Förderungsmöglichkeiten, vor dem Hintergrund der Fachkräfteproblematik, überdacht und gegebenenfalls angepasst werden.

Zur Sicherung und Schaffung von optimalen Ausbildungsbedingungen für pädagogische Berufe an beiden BBZ Standorten, ist die Einrichtung einer Fachschule für Pädagogik auch am BBZ Norderstedt zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorzunehmen. Der Landrat wird beauftragt, die Umsetzung eines weiteren Fachschulstandortes für Pädagogik in Norderstedt mit den Geschäftsführer*innen der beteiligten BBZ und den Verantwortlichen der beteiligten Ministerien sowie dem Schleswig-Holsteinischen Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) zum nächst möglichen Zeitpunkt umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

zu 3.8 Neue Anforderungen an das Programm Qualität im Ganztag **Vorlage: DrS/2021/253**

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg fördert die Weiterentwicklung der „Qualität im Ganzttag“ ab 2022 mit 75.000€ jährlich. Die Anhebung der Förderung von zuvor 50.000 € pro Jahr seit 2020, ist im Haushaltsentwurf für 2022 bereits enthalten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

zu 3.9 Erhöhung der Stundenzahl für die Schulsozialarbeit an den Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung ab dem Schuljahr 2022/2023 Vorlage: DrS/2021/261

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

An den drei Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung wird ab dem Schuljahr 2022/2023 die wöchentliche Stundenzahl für die Schulsozialarbeit während der Unterrichtswochen von 10 auf 15 Stunden erhöht. Je Kalenderjahr werden insgesamt zusätzliche Mittel i.H.v. 22.500 EUR zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

zu 3.10 Außendarstellung und Wahrnehmung von pädagogischen Berufen Vorlage: DrS/2021/232

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg fördert die Entwicklung von Werbemaßnahmen zur verbesserten Außendarstellung und Wahrnehmung von pädagogischen Berufen. Die Ausbildungsstandorte am BBZ Segeberg und BBZ Norderstedt, wie auch die Ausbildungs- und Arbeitsorte im Kreis Segeberg sollen durch die Werbekampagne bei der kontinuierlichen Fachkräftegewinnung unterstützt werden. Dabei sollen mit den Mitteln einer Imagekampagne für pädagogische Berufe im Kreis Segeberg die Attraktivität der Ausbildungsgänge und der direkte Übertritt in den Arbeitsmarkt für diese Berufsgruppe ein besonderes Augenmerk erhalten. Dazu sind Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € in die Änderungsliste zum Haushalt 2022 aufzunehmen. Von einer Fortsetzung der Förderung in den Jahren 2023 und 2024 ist auszugehen.

Das BBZ Segeberg wird federführend damit beauftragt, gemeinsam mit Vertreter*innen der Verwaltung und des BBZ Norderstedt, eine Werbekampagne für pädagogische Berufe zu entwickeln und im Jahre 2022, in enger Abstimmung mit den beteiligten Partner*innen, auch entsprechend mit der Umsetzung zu beginnen.

Sollten sich im Verlauf der Entwicklung der Werbemaßnahmen Förderungsmöglichkeiten aus Landes- oder Bundesförderung ergeben, sind diese einzuwerben und vorrangig einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

zu 3.11 Richtlinien zur Übernahme der Beförderung von Kindern im Rahmen der Eingliederungshilfe gem. § 113 Abs. 2 Nr. 7 i.V.m. §§ 79, 83 SGB IX Vorlage: DrS/2021/242

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die Richtlinien zur Übernahme der Beförderung von Kindern im Rahmen der Eingliederungshilfe gem. §§ 79, 83 i.V.m. § 113 Abs. 2 Nr. 7 SGB IX treten zum 01.01.2022 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

zu 3.12 Antrag der SPD-Fraktion auf Bereitstellung von Mitteln für Fahrtkosten zur Aufnahme ins Frauenhaus Vorlage: DrS/2021/271

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Jährlich werden 5.000 € bereitgestellt, um Fahrtkosten (einschließlich Taxifahrten) aus der Häuslichkeit in ein Frauenhaus für Frauen aus dem Kreis Segeberg zu übernehmen, die eine Zusage für eine Aufnahme in einem Frauenhaus erhalten haben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE				
Gesamt	10	1		11

zu 3.13 Bezuschussung von externen Plätzen des Frauenhauses Norderstedt in den Jahren 2022 - 2024 Antrag der Diakonie Hamburg-West/Südholstein vom 17.09.2021 Vorlage: DrS/2021/250

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Diakonie Hamburg-West/Südholstein werden für den Betrieb von externen Plätzen des Frauenhauses in Norderstedt Zuschüsse in folgender Höhe von bewilligt:

2022: 77.000 €
 2023: 88.510 €
 2024: 90.045 €

Die Bewilligung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die Bezuschussung nicht von anderer Seite, insbesondere vom Land Schleswig-Holstein, gewährt wird.

Mittel werden in entsprechender Höhe beim Teilplan 3150000 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

zu 3.14 Zuschuss Migrationsberatungsstelle Vorlage: DrS/2021/248

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg bewilligt der Diakonie Plön-Segeberg für die Migrationsberatungsstelle in Bad Segeberg einen Zuschuss in Höhe von max. 6.613,00 Euro. Der Betrag dient der teilweisen Finanzierung der Fachaufgaben im Jahr 2022 und wird unter der Bedingung gewährt, dass der Zuschussbedarf nicht von anderer Seite gedeckt wird.

Mittel werden im Haushalt 2022 bei der Haushaltsstelle 313000. 5271240000 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen			2	2
FDP		1		1
AfD		1		1
WI-SE				
Gesamt	3	6	2	11

**zu 3.15 Zentrale Stelle für Qualitätssicherung im Rettungsdienst (ZSR) -
Errichtung einer trägerübergreifenden AöR
Vorlage: DrS/2021/228**

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

- I. Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag des Kreises Segeberg beschließt:
1. Der Kreis Segeberg tritt der gemeinsamen Zentralen Stelle Rettungsdienst AöR aller Kreise und kreisfreien Städte bei.
 2. Der Organisationssatzung der Zentralen Stelle Rettungsdienst AöR (Anlage 2) wird zugestimmt.
 3. Der Landrat wird ermächtigt, den Errichtungsvertrag Zentrale Stelle Rettungsdienst AöR (Anlage 1) zu unterzeichnen.
- II. Der Hauptausschuss beschließt:
- Der Kreis Segeberg entsendet Herrn Matthias Schröder ab 01.01.2022 für die Dauer von fünf Jahren in den Verwaltungsrat der ZSR AöR. Zusätzlich wird Herr Jens Lorenzen ab 01.01.2022 für die Dauer von fünf Jahren als stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied der ZSR AöR benannt.
- III. Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit beschließt die Aufnahme der Einlage für das Stammkapital in Höhe von 2.000 € in die Änderungsliste für den Haushalt 2022.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

**zu 3.16 Erweiterung des Förderzentrums "Schule am Hasenstieg" in Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/196-3**

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der zusätzlichen investiven Mittel in Höhe von 500.000 €. Der FD 11.60 wird beauftragt, die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

**zu 3.17 Erweiterung der Rettungswache Bornhöved
Vorlage: DrS/2020/277-2**

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Planung für die Baumaßnahme, auf Basis des hier vorgestellten Entwurfsstandes, wie beschrieben umzusetzen.

Auf die Beschlussfassung der Stufe 2 wird verzichtet, die Stufe 3 wird zur Beschlussfassung vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

**zu 3.18 Raumbedarfsplanung der Kreisfeuerwehrzentrale und Prüfung zur Realisierung der erforderlichen Maßnahmen, ggf. an einem neuen Standort
Vorlage: DrS/2021/222**

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die dargestellten Flächenbedarfe in der Kreisfeuerwehrzentrale durch die Verwaltung (Fachdienst Feuerwehrwesen, Zivil- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst sowie Fachdienst Technisches Gebäudemanagement) zu prüfen und Vorschläge zur Realisierung des ermittelten Bedarfes ggf. an einem neuen Standort zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

zu 3.19 Neubau Haus A der Kreisverwaltung - Bauvorbereitung / vorgezogener Abbruch Vorlage: DrS/2020/208-5

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Verwendung der bereitgestellten investiven Mittel in Höhe von

- 850.000 € für die Bauvorbereitungsmaßnahme im Haus B und Kreistagsgebäude
- und
- 1.920.000 € für den vorgezogenen Abbruch.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt die Maßnahmen wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

zu 3.20 Einbau einer Aufzugsanlage - BBZ Segeberg, Haus B
Vorlage: DrS/2021/235

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 370.000 € im Haushaltsjahre 2022.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt die Maßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

zu 3.21 Aufbau eines kommunalen Netzwerkes zum nachhaltigen Flächenmanagement
Vorlage: DrS/2021/167-1

Frau Marcussen teilt mit, dass das Thema auch im Landkreistag diskutiert werde. Es sei ein wichtiges Thema und man müsse sich in Zukunft damit befassen. Zur Zeit sei dies jedoch noch zu unausgereift.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

Unter der Voraussetzung der Förderung durch das Land Schleswig-Holstein entsprechend der Richtlinie vom TT.MM.JJ wird

Alternative 1: für die Jahre 2022-2026 eine E11-Planstelle für das nachhaltige Flächenmanagement im FD 61.00 eingerichtet.

Alternative 2: für die Jahre 2022-2024 eine E11-Planstelle für das nachhaltige Flächenmanagement im FD 61.00 eingerichtet, die bei erfolgreicher Evaluierung um weitere zwei Jahre verlängert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen			2	2
FDP		1		1
AfD		1		1
WI-SE				
Gesamt		9	2	11

zu 3.22 Antrag der Fraktion B 90/Grüne zur ÖPNV-Anbindung neues Kreisverwaltungsgebäude in der Rosenstraße Vorlage: DrS/2021/267

Auf Nachfrage von Herrn Malassa und Frau Hahn-Fricke erklärt der Landrat, dass es vorerst nur um eine Prüfung zur Umsetzung mit Kostenermittlung gehe. Eine Beschlussvorlage zur Umsetzung mit den Kostenberechnungen folge rechtzeitig in 2022 vor den Haushaltsberatungen. Der Stadtverkehr in Bad Segeberg sei seit zwei Jahren in der Hand des Kreises. Es müsste mit der Stadt verhandelt werden, ob diese sich an den Kosten beteiligt.

Herr Hansen ergänzt, dass die CDU drum gebeten habe, die Anbindung von Klein Rönkau und dem LevoPark ebenfalls zu überprüfen.

Frau Berger nimmt an der Sitzung teil.

Herr Flak bemängelt, dass im Beschlusstext nicht von Prüfung, sondern von Planung gesprochen werde. Ein Planungsauftrag sei deutlich konkreter als ein Prüfauftrag und habe das Ziel der Umsetzung. Er stellt deshalb einen Änderungsantrag.

Herr Barkowsky spricht sich dafür aus, über den Beschlussvorschlag wie vorgelegt abzustimmen und keine Änderungen vorzunehmen. Es sei gängige Praxis, Herrn Mozer mit den Planungen zu beauftragen.

Änderungsantrag der AfD-Fraktion:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, die ÖPNV-Anbindung des neuen Kreisverwaltungsgebäudes in der Rosenstraße, der neuen Arbeitsagentur und des Jobcenters im Birkenring und damit der östlichen Südstadt Bad Segebergs im Halbstundentakt mit Anschluss an die bestehenden Regional- und Stadtbuslinien am zentralen Umsteigepunkt des Bad Segeberger ZOBs mit dem Ziel der Umsetzung zum Fahrplanwechsel 2022/2023 zu prüfen."

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP		1		1
AfD	1			1
WI-SE			1	1
Gesamt	1	10	1	12

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz und der Hauptausschuss empfehlen dem Kreistag zu beschließen, die SVG damit zu beauftragen die ÖPNV-Anbindung des neuen Kreisverwaltungsgebäudes in der Rosenstraße, der neuen Arbeitsagentur und des Jobcenters im Birkenring und damit der östlichen Südstadt Bad Segebergs, sowie den Levo-Park und Klein Rönnau im Halbstundentakt mit Anschluss an die bestehenden Regional- und Stadtbuslinien am zentralen Umsteigehaltepunkt des Bad Segeberger ZOBs zu planen mit dem Ziel, diese spätestens zum Fahrplanwechsel 2022/2023 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	11	1		12

zu 3.23 Einsatz von weiteren E-Bussen im ÖPNV-Teilnetz SE1-2 Vorlage: DrS/2021/273

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Einsatz von weiteren 10 E-Bussen im ÖPNV-Teilnetz SE1/2 ab 2024 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	11	1		11

zu 3.24 Vergabe von Aufgaben aus dem Fachdienst 67.00 im Aufgabengebiet Bäume, Gehölze und Knickschutz an externe Dienstleister Vorlage: DrS/2021/287

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

Für die Durchführung von Aufgaben aus dem Bereich des Gehölz-, Baum- und Knickschutzes durch eine*n Dienstleister*in werden 40.000 € im Budget 2022 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.25 VGN - Investitionskosten 2021 Vorlage: DrS/2021/263

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt:

Die im Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich IV entstandenen überplanmäßigen Auszahlungen über 300.000 EUR werden gem. § 82 Gemeindeordnung i.V. mit § 57 Kreisordnung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.26 VGN - Investitionskosten 2022-2025

Vorlage: DrS/2021/280

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

Der Anteil des Kreises Segeberg an den Kosten für die investiven Maßnahmen der VGN im Zeitraum 2022-2025 in Höhe von 6,85 Mio Euro werden für die jeweiligen Haushaltsjahre (siehe Tabelle) bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.27 Basisförderung Schul-IT Dienstleistungen

Vorlage: DrS/2021/293

Frau Grote weist darauf hin, dass sie mit einigen Schulverbänden gesprochen habe. Diese hätten inzwischen Unternehmen beauftragt, die diese Arbeiten leisten, so dass der Kreis nicht tätig werden müsse.

Herr Füller erklärt, dass die Stellen zum Sommer 2021 besetzt worden seien. Der Digitalpakt bestehe seit 2019, so dass die Schulen vorübergehend von Firmen betreut wurden. Für die Ersteinrichtung sei dies eine gute Lösung gewesen, allerdings

gehe es jetzt darum, das Netz zu betreiben und sicher zu halten. Das Land habe neue Endgeräte zur Verfügung gestellt, die aber seitens der Schulen nicht eingerichtet und in Betrieb genommen werden können. Hier sei Unterstützung durch den Kreis gefragt.

Auf Nachfrage von Frau Hahn-Fricke erläutert Herr Füller weiter, dass die Vorlage erst kurzfristig erstellt werden konnte und somit nicht im BKS beraten wurde. Es gehe um die Basisförderung in Höhe von 200.000 €. Zunächst sei die Ausstattung erforderlich, dann könnten Angebote erfolgen. Herr Schuchardt fasst zusammen, dass die Idee dahinter sei, dass alle Schulträger im Kreis auf dem gleichen Stand seien. Deshalb sei es wichtig, dass der Kreis hier koordiniere.

Herr Flak äußert, dass seitens der AfD bereits im letzten Jahr befürchtet wurde, dass eine Konkurrenz zu privaten Anbietern entstehe. Die IT sei sehr schnelllebig und wenn 5.000 Geräte ausgetauscht werden müssen, dauere die Einrichtung durch den Kreis sehr lange. Herr Füller klärt auf, dass die Basisförderung für Pilotprojekte an mehreren Schulen gedacht sei. Die Technik solle aufgebaut, administriert und gepflegt werden. Es sei notwendig, die Bedarfe zu skalieren. Im ersten Schritt werden 2022 die Kosten ermittelt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg fördert die Weiterentwicklung der Unterstützungsangebote für Schul-IT Dienstleistungen ab 2022 mit 200.000 €. Die Mittel sind im Haushaltentwurf für 2022 nicht enthalten und müssen über die Änderungsliste eingeworben werden. Die Förderung soll zur Feststellung der Bedarfe und zur Unterstützung der Kreis-Kommunen bei der Schuldigitalisierung im Rahmen von Schul-IT Dienstleistungen dienen. Mit dem Auslaufen der Antragsfrist zum DigitalPakt Schule zum 31.12.2022 ist eine schnelle Umsetzung erforderlich. Dabei stehen die fachliche Beratung der Schulträger und Schulverbände sowie die technische Unterstützung bei der Umsetzung der Digitalisierungsmaßnahmen im Vordergrund.

Die 2021 neu geschaffene Fachabteilung Schul-IT Dienstleistungen beim Kreis Segeberg (gemäß DrS/2020/251) kann zu Unterstützung einzelner Schulträger oder eines Schulverbandes auch administrative Aufgaben zur Wartung und zum Support übernehmen, wenn dies zur erfolgreichen und nachhaltigen Umsetzung der Schuldigitalisierung inklusive Service und Support Strukturen beitragen kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

zu 3.28 Wirtschaftsplan 2022 WKS GmbH **Vorlage: DrS/2021/257**

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

1. Dem in der Anlage 1 beigefügten Wirtschaftsplan 2022 der WKS GmbH wird auf Empfehlung des Aufsichtsrates vom 02.11.2021 zugestimmt.
2. Der WKS GmbH wird auf Empfehlung des Aufsichtsrates am 02.11.2021 gem. beiliegendem Wirtschaftsplan für 2022 eine Verlust-Ausgleichszahlung in Höhe von maximal 950.010,- € gewährt.

Der Gesellschaftervertreter, Herr Landrat Schröder, wird mit der Herbeiführung eines entsprechenden Gesellschafterbeschlusses beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE			1	1
Gesamt	11		1	12

zu 3.29 Fortschreibung der E-Government-Strategie ab 2022 **Vorlage: DrS/2021/241-1**

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt der E-Government-Strategie des Kreises Segeberg ab 2022 zu. Der Aktionsplan E-Government 2022 wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Inhalte der Strategie und des Aktionsplans 2022 umzusetzen und über den Verlauf der Umsetzung zu berichten. Des Weiteren hat die Verwaltung die Strategie ggf. regelmäßig den aktuellen Gegebenheiten anzupassen und informiert den Hauptausschuss hierüber.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

zu 3.30 Stellenplan und Haushalt FB L

Der Landrat erklärt, dass der Haushaltsentwurf insgesamt Stand heute eine „schwarze Null“ ausweise. Dies bedeute, dass der Haushalt nicht vom Innenministerium genehmigt werden müsse und der Kreis keiner Konsolidierung unterliege.

Die Vertragsverhandlungen mit der Stadt Norderstedt bezüglich der Jugendhilfe hätten höhere Kosten von rund 4,8 Mio € ergeben. Zur Kita-Finanzierung sei noch fraglich, ob der Kreis die Kosten tragen müsse, obwohl die Stadt Norderstedt selber Träger der Jugendhilfe sei. Für diesen Bereich seien die bisherigen Kosten als Platzhalter geplant.

Für die Personalkosten habe die Verwaltung einen Personalkostendeckel in Höhe von 3% (rund 1,86 Mio €) vorgeschlagen, da erfahrungsgemäß Stellen in dieser Größenordnung über das Jahr unbesetzt seien.

Die entsprechende Änderungsliste auf Basis der heutigen Beratungen werde bis morgen Mittag in Allris bereitgestellt.

zu Stellenmehrbedarf FD 12.30 - Zensus für das Haushaltsjahr 2022 3.30.1 Vorlage: DrS/2021/290

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag die Verlängerung der Stellen 0.11110.0015.1 und 0.11110.0016.1 sowie die Aufnahme der Stellen 0.11110.0017.1 bis 0.11110.0025.1 in den Stellenplan 2022 befristet bis zum 31.12.2022.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu Budget 2022 - Fachbereich L 3.30.2 Vorlage: DrS/2021/305

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt, das Budget 2022 der Teilpläne 1111, 1112, 1113, 1115, 1118, 121, 535, 5711 entsprechend der im Haushaltsentwurf vorgelegten Form mit den eingebrachten Änderungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.31 Stellenplan und Haushalt FB I

zu Anmeldung zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 ff.; 3.31.1 hier: Wegfall kw-Vermerk E-Government-Stellen Vorlage: DrS/2021/296

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag die Entfristung der befristeten Stellen 0.11140.0076, 0.11140.0106, 0.11140.0107, 0.52100.0049, 0.31190.0012, 0.31190.0015, 0.41430.0016, 0.12800.0006, 0.11180.0004 sowie 0.11140.0149.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

zu Anmeldung zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 ff.;
3.31.2 hier: Wegfall kw-Vermerk FD 11.80
Vorlage: DrS/2021/298

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag die Aufhebung des kw-Vermerks der Stelle 0.11140.0172.1 für den Stellenplan 2022.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu Stellenmehrbedarf FD 20.00 Finanzen für das Haushaltsjahr 2022
3.31.3 ff.
Vorlage: DrS/2021/302

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag die Aufnahme der Stelle 0.11140.0553 in den Stellenplanentwurf 2022.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.32 Budget 2022 für den Fachbereich I - Zentrale Steuerung Vorlage: DrS/2021/306

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag den Haushalt 2022 (hier: Teilpläne 1114, 522, 611 und 612) entsprechend der im Haushaltsentwurf vorgelegten Form mit den eingebrachten Änderungen zur Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.33 Antrag der Fraktion B 90 / Die Grünen zu 2 weitere Stellen UNB Vorlage: DrS/2021/312

Der Landrat weist auf den Prüfauftrag hin, den Herr Weber im UNK formuliert habe. Frau Lessing erklärt, dass die Diskussion im UNK gezeigt habe, dass ein großes Interesse am Thema bestehe. Der Auftrag vom Land sei ohne genaue Beschreibung, weshalb dies erstmal geklärt werden müsse. Der Antrag von Herrn Weber sei daher inhaltlich folgerichtig.

Herr Hansen teilt mit, dass die Finanzierungsfrage vom Land offen gelassen worden sei. Dies verletze das Konnexitätsprinzip. Daher sollen die Stellen nur eingerichtet werden, wenn es Landesmittel dafür gebe.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten zu ermitteln, welcher erwartete Arbeitsaufwand sich aus dem Landesbeschluss zur Biodiversität ergeben wird und ob und in welcher Höhe Landeszuschüsse eingeworben werden können. Des weiteren wird die Verwaltung gebeten zu ermitteln, ob der erwartete Arbeitsaufwand mit bestehendem Personal geleistet werden kann oder in welchem Umfang Stellenmehrbedarfe entstehen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE			1	1
Gesamt	11		1	12

**zu 3.34 Antrag der Fraktion B 90 / Die Grünen für Erhalt VZS Klimaschutz-
ingenieurin
Vorlage: DrS/2021/313**

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz und der Hauptausschuss empfehlen dem Kreistag zu beschließen, die 1,0 VZS Klimaschutzingenieur*in nicht zu streichen und eine Förderung für ein weiteres Jahr zu beantragen – so wie vom Kreistag am 30.06.2016 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP		1		1
AfD		1		1
WI-SE		1		1
Gesamt	2	10		12

zu 3.35 Stellenplan für den Haushalt 2022 inkl. Stellenmehrbedarf 2022 **Vorlage: DrS/2021/303**

Frau Lessing erfragt, ob die 3 % Stellenplandeckel aufgenommen werden müssten. Der Landrat bestätigt dies. Die Kürzungen werden in die Änderungsliste aufgenommen. Er verliest einen geänderten Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Stellenplan 2022 inklusive der als Tischvorlage vorliegenden tabellarischen Übersicht enthaltenen Stellenmehrbedarfe 2022 inkl. des Teils C Änderungsliste zum Stellenplanentwurf 2022 zu beschließen. Darüber hinaus wird die aktuelle Veränderungsliste für das Haushaltsjahr 2022 als Teil B des Stellenplans beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Personaleinzel- und Personalentwicklungsmaßnahmen im Rahmen des vom Kreistag zur Verfügung gestellten Personalkostenansatzes in Höhe von 60.399.000€ (61.815.500€ aus Stellenplanentwurf zzgl. 388.000€ über die Änderungsliste zum Haushalt zzgl. 55.500€ über die Änderungsliste zum Stellenplanentwurf abzgl. des Personalkostendeckels in Höhe von 1.860.000€ (ca. 3%)) umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

zu 4 Berichte/Informationen

zu 4.1 Quartalsbericht 30.09.2021 **Vorlage: DrS/2021/297**

Frau McGregor informiert über die Zusammenfassung auf Seite 6 des Quartalsberichtes. Dort sei wiedergegeben, dass lt. manueller Jahresprognose mit einem Überschuss im Ergebnishaushalt von rd. 1,8 Mio. € gerechnet wird, nach der mathematischen Hochrechnung sogar mit einem Überschuss von rd. 5,6 Mio. €.

Wie im Text wiedergegeben, sei in diesen Prognosen allerdings noch nicht das Ergebnis der Vertragsverhandlungen mit der Stadt Norderstedt (Übertragung Kinder- und Jugendhilfe) eingearbeitet. Dieses liege mittlerweile vor und einschließlich einer Nachzahlung an die Stadt Norderstedt für das Jahr 2021 in Höhe von rd. 3,2 Mio. € ergäben sich folgende Jahresprognosen:

- manuelle Hochrechnung: Fehlbetrag von rd. 1,4 Mio. € und
- mathematische Hochrechnung : Überschuss von rd. 2,4 Mio. €.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Anfragen

Es gibt keine Anfragen.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Frau Grote schlägt vor, die nächste Sitzung am 30.11.2021 online durchzuführen. Der Landrat ergänzt, dass diese ansonsten im KT-Saal stattfinden müsste, da kein größerer Raum zur Verfügung stehe. Dies sei vor dem Hintergrund der Inzidenzzahlen und der Raumgröße problematisch.

Herr Barkowsky und Herr Flak sprechen sich für eine Präsenzsitzung aus. Frau Lessing, Frau Täck und Frau Hahn-Fricke sprechen sich für eine Onlinesitzung aus. Herr Hansen schlägt als Kompromiss eine Hybridsitzung vor. Einer Onlinesitzung wird mit 8 Stimmen zugestimmt.

Herr Gerberding erklärt, dass aus dem FB I noch zwei zusätzliche Vorlagen aus dem IuK-Bereich in Allris eingestellt wurden. Die Mittel dafür seien bereits im Haushalt enthalten, es gehe lediglich um die Auftragsvergabe. Herr Stankat ergänzt, dass auch aus seinem Fachbereich noch sehr kurzfristig eine Vorlage zu den Vertragverhandlungen mit der Stadt Norderstedt folgen werde.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 11 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

Frau Grote gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

zu 8 Neubau Haus A der Kreisverwaltung - Grunderwerb

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Verwendung der bereitgestellten investiven Mittel zuzüglich Erwerbsnebenkosten für den Grunderwerb in der Waldemar-von-Mohl-Straße zur Realisierung des geplanten Parkhauses (zum Nachweis der erforderlichen Einstellplätze), sowie Verhandlung über die gewünschte Mitbestimmung bei der Außengestaltung und ein Mitnutzungsrecht von 15 Stellplätzen im Parkhaus für das Amt Trave-Land.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt die Kaufverhandlungen wie beschrieben durchzuführen.

zu 9 Ausschreibung der Leistung Wohnkompetenztraining und Wohnraumakquise - Zuschlagserteilung
Vorlage: DrS/2021/251

Beschlussvorschlag:

Der Zuschlag im Ausschreibungsverfahren „Wohnkompetenztraining und Wohnraumakquise für Menschen mit Migrationshintergrund“ wird erteilt. Grundlage ist das Angebot vom 01.11.2021. Die Leistungserbringung beginnt am 01.07.2022 und endet am 31.12.2025.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Doris Grote
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)